

Was wir von Glasgow wirklich erwarten können

Stand: 31.10.2021 | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Axel Bojanowski**
Chefreporter Wissenschaft



Internationale Verhandlungen für das Klima werden von Demonstrationen begleitet - wie hier beim G20-Gipfel

Quelle: picture alliance/dpa/LaPresse/AP

Die Staaten der Erde verhandeln in Schottland über neue Klimaziele. Eine historische Frontstellung droht zu eskalieren. Es geht um CO₂-Schulden und um den Transfer von Hunderten Milliarden Euro.

Der Ablauf der zweiwöchigen Klimakonferenz der Vereinten Nationen (UN) in Glasgow, die am Sonntag begann, dürfte sich an den 25 UN-Klimakonferenzen zuvor orientieren: Vor der Tagung dominiert „Deadline-ism“ die Berichterstattung, also ritualisierte Fristsetzungsfloskeln: „Die letzte Chance, den Planeten zu retten“, es sei „5 vor 12“. Zu Beginn der Tagung der Auftritt der Staatshäupter, die Hoffnung beschwören auf erfolgreiche Verhandlungen.

Dann tagelang wenig Neuigkeiten, die Delegierten der 197 Staaten der Erde und der EU verhandeln unter Ausschluss der Medien. Zuhören bei den Gesprächen als „Vertreter der Zivilgesellschaft“ dürfen auch stets Aktivisten von Nichtregierungsorganisationen, sie äußern kontinuierlich ihren Unmut über den „enttäuschenden Verhandlungsverlauf“.

Spätestens in der zweiten Tagungswoche organisieren sie lauten Protest vor dem Konferenzgebäude, was mangels anderer Neuigkeiten von der Klimakonferenz weltweit Schlagzeilen macht.

Mit nahendem Ende der Konferenz mehren sich aufgeregte Gerüchte über mögliche Beschlüsse. Am finalen Verhandlungstag der obligatorische „Schock“: die Klimaverhandlungen drohen zu scheitern. Sie gehen in die Verlängerung, dauern über Nacht bis in den nächsten Tag. Schließlich verkünden übermüdete Verhandlungsleiter mit großer Verspätung einen „Erfolg“: eine „Roadmap“, einen „Action Plan“, ein „Protocol“, oder einen „Pact“ – ein Dokument also mit attraktivem Namen, das „einen wichtigen Schritt“ Richtung Klimarettung versprechen soll.

Wie schwierig die Verhandlungen sind, zeigt die Geschichte. In Berlin (1995), Kyoto (1997) und Kopenhagen (2009) scheiterten die Vereinten Nationen mit dem Vorhaben, der Welt einheitliche Klimaziele vorzuschreiben. Erst in Paris 2015 wurde ein Weltklima-Abkommen verabschiedet. Seither konzentrieren sich die Länder auf nationale CO₂-Ziele. Dadurch wird das Hauptziel des Paris-Abkommens aber ein wenig verschleiert, weil es das globale 1,5-Grad-Ziel nennt. Die Staatengemeinschaft bezeugte darin ihren Willen, den Ausstoß an Treibhausgasen rasch zu reduzieren, so dass die globale Erwärmung „deutlich unter zwei Grad“ bleibe gegenüber dem 19. Jahrhundert.

Schachern um Einsparziele

Die nationalen Ziele aber reichen nicht aus: Die aktuellen CO₂-Einsparziele aller Staaten zusammengenommen würden derzeit zu einer globalen Erwärmung von rund zweieinhalb Grad führen, haben Forscher vor der Glasgower Tagung berechnet. Um die 1,5 Grad zu erreichen, müssten den Kalkulationen zufolge die weltweiten Treibhausgasemissionen bis 2030 auf fast die Hälfte verringert werden – gut ein Grad Erwärmung sind schon erreicht. Hier beginnt das Schachern: Wer muss wieviel CO₂ einsparen?

In Glasgow steht die erste Bilanz der Paris-Vorgaben auf dem Programm. Alle fünf Jahre wollen die Staaten ihre CO₂-Ziele verschärfen, so haben sie es im Paris-Abkommen festgelegt. Gut hundert Staaten haben verbesserte Zahlen bereits eingereicht bei den UN. Die EU will bis 2050 klimaneutral sein, also netto keine Treibhausgase mehr ausstoßen. Länder indes, auf die es aufgrund ihrer Größe und ihres Wirtschaftswachstums künftig am meisten ankommt in Sachen Klimaschutz, beteiligen sich daran nicht: China und Indien.

Die Regierungen beider Milliardenvölker haben sogar angekündigt, einstweilen verstärkt auf Kohleenergie setzen zu wollen, es ist die Hauptquelle des Treibausgases Kohlenstoffdioxid und Treiber der globalen Erwärmung. Chinas Regierung machte Ende Juli klar, dass sie ihre Klimaschutz-Ziele aufweichen wolle, ökonomisches Wachstum habe Vorrang. 53 Kohleminen will China wieder aufmachen. Indiens Umweltminister nahm die Staaten des Westens in Haftung: „Wenn ihr wollt, dass wir kein CO₂ mehr ausstoßen, dann bezahlt uns dafür“, sagte er. Das Land benötigt billige Energie in riesiger Menge, vor allem Kohle soll den Bedarf decken.

Noch immer prägt eine historische Zweiteilung die UN-Klimaverhandlungen, eingeführt mit der Klimarahmenkonvention der UN 1992: Die Industrienationen hatten damit die Schuld an der globalen Erwärmung auf sich genommen und sich zu Maßnahmen verpflichtet. Dazu gehörten auch die ehemals kommunistischen Staaten des Ostens, die damals eigentlich wirtschaftlich am Boden lagen.

Den Ländern der zweiten Gruppe, von denen es fast fünfmal mehr gab, wurde zugestanden, industrielle Entwicklung aufzuholen, mehr Energie verbrauchen und unbegrenzt Kohlenstoffdioxid erzeugen zu dürfen. Das Grundbedürfnis nach billiger Energie steht weiterhin im Konflikt mit der Bekämpfung des Klimawandels. Es ist das große Menschheitsdilemma.

Der Nord-Süd-Gegensatz bestimmt auch in Glasgow die Verhandlungen. In einer gemeinsamen Erklärung vor der Klimakonferenz erhob eine Gruppe von Schwellenländern Anklage (<https://static.pib.gov.in/WriteReadData/specificdocs/documents/2021/oct/doc2021101821.pdf>), darunter China, Indien, Indonesien und Saudi-Arabien: Die alten Industrienationen würden ihrer historischen Verantwortung für den Klimawandel noch lange nicht gerecht, sie schoben zu viel Last auf die anderen Staaten, klagt die Gruppe der Schwellenländer. Dabei müsste ihnen, den aufstrebenden Staaten, mehr Wachstum mit billiger Energie ermöglicht werden.

Es geht auch ums Geld: Eine Vereinbarung der UN von 2010 schreibt vor, dass die alten Industrienationen ab 2020 jährlich mit 100 Milliarden US-Dollar Entwicklungsländern helfen, sich an den Klimawandel anzupassen. Im Welt-Klimaabkommen von Paris werden zwar auch Schwellenländer zur Mithilfe ermuntert, aber nicht verpflichtet. Die alten Industriestaaten sollen weiterhin die Hauptverantwortung tragen. Alle anderen dürften Klimaschutz betreiben, abhängig von ihren Möglichkeiten, heißt es im Klimavertrag.

Mehr Geld wird gefordert

Die 100 Milliarden sind noch nicht zusammen, es fehlen pro Jahr 20 Milliarden. Und Vertreter von Hilfsorganisationen klagen, dass ein Gutteil des Geldes lediglich umgewidmete Entwicklungshilfe wäre. In Glasgow wollen die Staaten über eine Erhöhung der Hilfen verhandeln.

Neben Geld und Kohlenstoffdioxid geht es bei den Klimaverhandlungen um eine Art Gebrauchsanweisung des Paris-Abkommens. Wie lassen sich CO₂-Kredite früherer Klimaabkommen ins neue Abkommen übertragen? Wie werden CO₂-Bilanzen transparent? Wie verhindert man, dass CO₂-Minderung doppelt gezählt wird, beispielsweise wenn zwei Länder dieselbe Minderung reklamieren: das eine wegen Subventionszahlungen für Aufforstung, das andere für die Aufforstung selbst?

Viele Verhandlungen – verlorene Dekade

Trotz aller Verhandlungen bislang fällt die Bilanz der Umweltorganisation der UN negativ aus: Das vergangene Jahrzehnt sei eine „verlorene Dekade“ gewesen, schreibt die UNEP. Angesichts des kontinuierlich zunehmenden Treibhausgasausstoßes ließe sich kein Unterschied feststellen zwischen einer Welt mit Klimaverhandlungen oder ohne. Die Menge an Treibhausgas in der Luft steigt ungebremst trotz aller Klimakonferenzen seit Gründung der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen 1992, die einen gefährlichen Klimawandel abwenden helfen sollte.

Doch die Klimaverhandlungen wirken auch indirekt. Im besten Fall sorgen sie für Innovationen, animieren die Industrie dazu, CO₂-arme Technologien zu entwickeln. Die stark fallenden Preise für Solarenergie etwa rechnen sich auch die UN-Delegierten als Erfolg an.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/234753668>